Nr. 19/2013



Zeitung
der Sozialen Liste Bochum

Ostermarsch:



Auch in diesem Jahr gab es wieder einen Ostermarsch für den Frieden. Im bunten Zug ging es am Ostermontag von Werne nach Dortmund.

Antifa-Aktionen:

Erinnerung an die Errichtung der Nazi-Diktatur

Mit zahlreichen Aktionen wurde in den letzten Wochen an den 30. Januar 1933 und die folgenden Wochen erinnert, die die Errichtung des Naziregimes markieren.


Nuray Boyraz

„Der 80.Jahrestag ist ein Anlass, um sich in besonderer Weise mit diesem Teil der deutschen Geschichte zu beschäftigen. Es geht darum, ein unverfälschtes Bild über den Faschismus und sein Wesen zu verbreiten und der Verharmlosung und Leugnung der Verbrechen der Nazis entgegen zu treten. Gemeinsam gilt es, nicht nur ein Signal gegen die menschenverachtenden Ideologien zu setzen, sondern auch dem aktuellen Neonazismus entgegen zu treten", sagte Nuray Boyraz, Ratsfrau der Sozialen Liste zum Sinn der Aktivitäten.

Mahnwache



Mit einer Mahnwache vor dem Gebäude der früheren Westfalenbank, in dem von 1933 bis 1943 auch die Gauleitung der NSDAP residierte, machte die VVN - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten und Mitglieder weiterer antifaschistischer Organisationen auf die Unterstützung der Wirtschaft für die Hitler-Faschisten deutlich.

(Siehe auch Seite 2 Mitte)

Hartz-IV-Empfänger:

1,33 Millionen stocken auf

Bei 1,33 Millionen Menschen in Deutschland reicht der Niedriglohn nicht zum Leben aus, das geht aus einer Studie der Uni Duisburg-Essen hervor. Diese Menschen müssen zum Job-Center, um das Arbeitseinkommen mit Leistungen nach Hartz IV aufzubessern.

Besuchen Sie uns mal:
www.soziale-liste-bochum.de

10 Jahre Hartz IV, neue Einschnitte geplant:

Konservative, Neoliberale, Kapitalvertreter, Springer und Sozialdemokraten mobilisieren für eine Agenda 2020

Der drastische Sozialabbau durch die Agenda 2010 scheint der neoliberalen Politik nicht zu reichen. Bereits jetzt wird die Agenda 2010 als Exportmodell für die übrigen europäischen Staaten verkauft. Außerdem werden Stimmen für eine Fortsetzung dieser „Reformen" laut. Der Springer Verlag forderte im letzten Jahr die Fortsetzung der Umverteilungspalette wie weiteres Lohn- und Steuerdumping, weitere Erhöhung des Renteneintrittsalters, Streichung des Kündigungsschutzes, Absenkung des Hartz-IV-Satzes um 30 Prozent und weitere Privatisierungen.

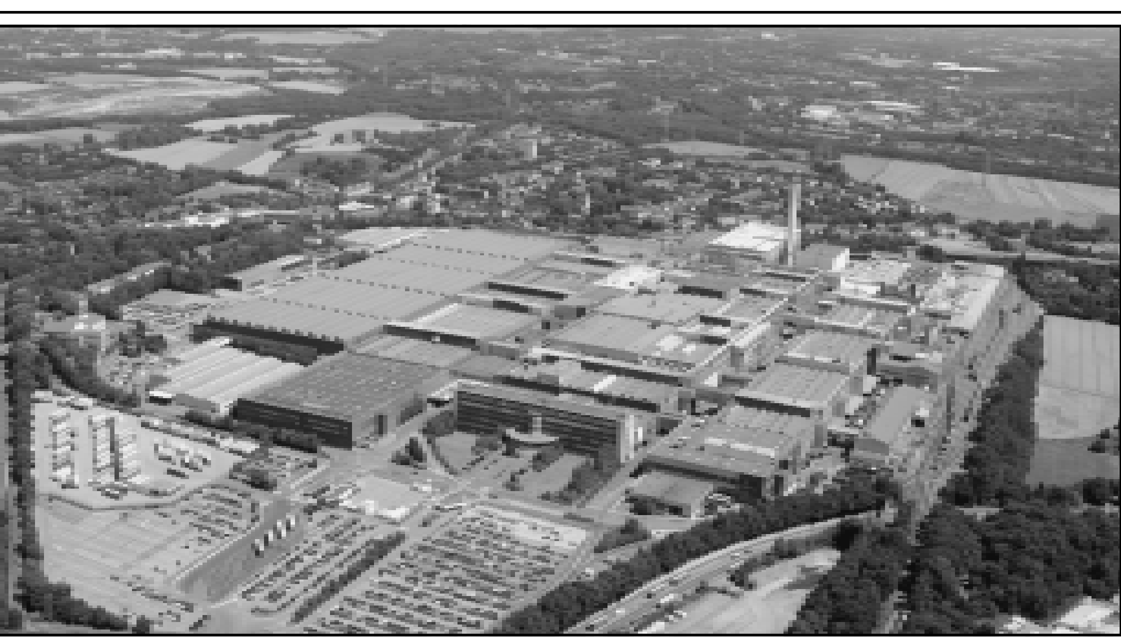
Zur Erinnerung: Der Kern der Agenda 2010 war die Zusammenführung der ehemaligen Arbeitslosenhilfe mit der Sozialhilfe zu der neuen Leistung „Arbeitslosengeld II" auf dem damaligen Sozialhilfeniveau. Das bedeutete in der Regel erhebliche Leistungskürzungen für die Bezieher der Arbeitslosenhilfe. Die damalige Regierung unter Gerhard Schröder war nicht einmal in der Lage, diesen Sozialraub selbst auf den Weg zu bringen, sondern folgte den Empfehlungen der Kommission unter Peter Hartz, dem ehemaligen Aufsichtsratsvorsitzenden von VW. Darin wurde in vier Schritten (Hartz I bis Hartz IV) die „Reform" des Arbeitsmarktes angeregt. „Hartz IV" bezeichnet die neue Leistung Arbeitslosengeld II nach neuem Recht (Sozialgesetzbuch II). Die neue Leistung ist nicht nur erheblich niedriger als die ehemalige Arbeitslosenhilfe, auch die Zumutbarkeitskriterien für die Aufnahme einer Arbeit sind deutlich verschärft worden. Der Leistungsbezieher muss bereit sein, praktisch jede Arbeit (auch unter Tarif) anzunehmen, um ALG II zu erhalten.

Die Auswirkungen von Hartz IV sind allgegenwärtig. Der neue Regelbedarf von 382,00 Euro für den Haushaltsvorstand bzw. allein stehenden Bedürftigen reicht nicht zum Leben aus, weiterhin haben sich der Niedrigstlohnsektor und die Leiharbeit explosionsartig ausgedehnt. Es bleibt abzuwarten, wie über die neuen Verfassungsbeschwerden gegen die Höhe der Regelbedarfe vom Bundesverfassungsgericht entschieden wird. Trotzdem, die SPD lobt offen die Agenda 2010: „Sie hat Deutschland vorangebracht" so Andrea Nahles in der 'Welt' vom 9.3.2013.

Frau Nahles bekommt sogar Schützenhilfe von der Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU): „Die Agenda 2010 war die richtige Antwort auf das Phänomen der Massenarbeitslosigkeit. Sie hat Deutschland in Europa weit nach vorne gebracht." Damit meint Frau von der Leyen wohl die Anzahl der prekären Beschäftigungen und die Zunahme der Armut.

Scheinheilig wirbt von der Leyen für eine neue „Agenda 2020", die Chancengerechtigkeit und Fachkräftesicherung zum Ziel haben müsse, außerdem für bessere Bildung, Kita-Plätze und gute

Fortsetzung auf Seite 2, linke Spalte


Opel-Werk (Laer)

Solidarität mit Opel-Belegschaft

GM schließt Opel-Werk

Was schon vor längerer Zeit vom US-amerikanischen Konzern „General Motors" in Detroit bestimmt worden ist, hat jetzt der Opel-Aufsichtsrat in Rüsselsheim beschlossen: In Bochum sollen keine Autos mehr gebaut werden.

Der Aufsichtsratsbeschluss hat für Bochum zur Folge, dass spätestens zum 31.12.2013 die Getriebefertigung mit 300 Beschäftigten aufgegeben und der Abbau der 700 Arbeitsplätze der Nachtschicht im Fahrzeugbau im Werk I in Laer in Kürze beginnen soll. Die Aufgabe der Autoproduktion soll bis Ende 2014 erfolgen. Offen ist, wie sich GM und Opel die angekündigten „Anschlusslösungen" für die Beschäftigten in Bochum vorstellen, ebenso alle Fragen eines Sozialplanes.

In zahlreichen Medien und Politikerstellungnahmen wird die vor einigen Tagen erfolgte Ablehnung des Tarifvertrages durch die Belegschaft als Grund für den Beschluss angeführt. Das ist jedoch völlig verfehlt, da die Schließungspläne schon vor längerer Zeit in der Konzernzentrale von GM in Detroit gefallen sind. Auch wurde bereits vor einem Jahr der Immobilien-Konzern Jones Lang LaSalle (Chicago) mit der Vermarktung der Opel-Werksflächen in Bochum beauftragt.

Dem Betriebsrat ist zuzustimmen, wenn er für den kontinuierlichen Niedergang der Marke das GM- und Opel-Management verantwortlich macht, denn noch 1982 war Opel mit über 18 % Marktführer bei den Zulassungen, 2012 lag der Anteil nur noch bei knapp 7 %.

Im Rat wird sich die Soziale Liste dafür einsetzen, dass Opel nach der Subventionierung der Ansiedlung der Werke nicht auch noch eine Subventionierung für die Abwicklung und für den Abbau der Werke erhält. Die frei werdenden Werksflächen müssen kosten- und altlastenfrei der Stadt zur Verfügung gestellt werden, damit zukunftsträchtige, umweltschonende Produktionen hier geschaffen werden können.

(Propstei)-Kirche heute:



„Wahrlich, ich sage euch: Was ihr einem unter meinen geringsten Brüdern getan habt, das habt ihr mir getan."

Matthäus Kapitel 25,Vers 40

Umfairteilen – Reichtum besteuern!

Demo in Bochum

Der Aktionstag der Kampagne umFAIRteilen fand in Bochum eine große Resonanz. Annähernd 2.000 TeilnehmerInnen kamen am 13. April zusammen, um für eine Politik für mehr Gerechtigkeit einzutreten.


von Helgard Althoff

In einem Aufruf zu der Kundgebung heißt es: „Den Schulden der öffentlichen Hand stehen gigantische private Vermögen gegenüber. Allein die privaten Vermögen des reichsten Prozents der Bevölkerung sind höher als alle öffentlichen Schulden in Deutschland zusammen. Auf der Suche nach renditeträchtigen Anlagemöglichkeiten heizen sie die Spekulation an den Finanzmärkten an – und verschärfen damit die Krise." Die DemonstrantInnen machten deutlich, dass sich nur etwas ändern und bewegen wird, wenn wir Bürgerinnen und Bürger Druck machen für mehr Verteilungsgerechtigkeit!

Vor dem Jobcenter, dem Schauspielhaus und dem Rathaus wurde während der Demo in kurzen Reden auf örtliche lokale Rotstiftmaßnahmen und den Arbeitsplatzabbau hingewiesen. Rolf Stein vom Bahnhof Langendreer erinnerte vor dem Schauspielhaus an die Situation der Soziokultur in Bochum. Während es hier finanziell am Notwendigsten mangelt, wird gleichzeitig Geld für Prestigeprojekte wie das Konzerthaus in Millionenhöhe verschleudert.



Mit einem Transparent und einem Informationsstand beteiligte sich die Soziale Liste an den Aktionen.



Fortsetzung von S. 1:

10 Jahre Hartz IV

Ganztagsschulen. Kein Wort verliert die Arbeitsministerin über die mangelnde Ausbildungsbereitschaft der Betriebe und gleiche Chancen für ein Studium auch für Menschen mit geringem Einkommen, denn nur wenige Arbeiterkinder studieren. Bezieher des ALG II sind vom Studium an Hochschulen oder Universitäten weitgehend ausgeschlossen, da sie nach dem Gesetz SGB II verpflichtet sind, ihre Hilfsbedürftigkeit so schnell wie möglich zu beenden.
Das wahre Ziel der Agenda 2020 ist die noch weitere Entrechtung für Arbeitnehmer, Erwerbslose, Rentner und Migranten sowie weitere Privatisierungen. Das aktuelle Beispiel: Die nachgewiesene Arbeitsunfähigkeit bei Hartz IV-Empfängern (ärztliche Atteste) kann von den Jobcentern angezweifelt werden. Bei sog. „Gefälligkeitsattesten" wird der Erwerbslose zum Amtsarzt bzw. zum Arzt der jeweiligen Krankenkasse geschickt. Mit dieser Maßnahme wird nicht nur der Betroffene eingeschüchtert und diffamiert, sondern auch die Diagnosen der behandelnden Ärzte werden angezweifelt.
Deshalb weg mit der Agenda 2010, keine Agenda 2020!

Ulrich Achenbach

Hartz IV:

Keine Gesundheitspolizei

Die Langzeiterwerbslosen sind anscheinend noch nicht genug gebeutelt: Neben der gängigen Sanktionspraxis für das ALG II sollen die Job-Center nach einer neuen Anweisung des Bundesarbeitsministeriums jetzt die Arbeitsunfähigkeitsbescheinigungen in Frage stellen.

Häufige Kurzerkrankungen oder Erkrankungen werden als „Blaumacherei" angesehen. Dabei sollen selbst eindeutige ärztliche Atteste angezweifelt und der Leistungsbezieher zum Amtsarzt bzw. Arzt der zuständigen Krankenkasse geschickt werden.



von Ulrich Achenbach

Das ist ein eindeutiger Angriff auf die Menschenrechte der Bedürftigen und eine Anmaßung, über Entscheidungen ausgebildeter und erfahrener Mediziner zu befinden. Blaumacher sind die Ausnahme und die gibt es auch bei Berufstätigen. Deshalb können nicht alle Bedürftigen über einen Kamm geschoren werden. Anstatt Gesundheitspolizei zu spielen, sollten sich die Job-Center stärker um faire Arbeitsplätze (nicht Arbeitsgelegenheiten oder prekäre Beschäftigung) für ihre Kunden bemühen.

Job-Center:

Sanktionen wie noch nie!

Die deutschen Job-Center haben innerhalb eines Jahres so viele Sanktionen wie noch nie gegen Hartz-IV-Empfänger verhängt.

Insgesamt waren es im vergangenen Jahr 1,024 Millionen sogenannte Strafkürzungen – elf Prozent mehr als 2011, wie aus aktuellen Zahlen der Bundesagentur für Arbeit (BA) hervorgeht. In den wenigsten Fällen seien Zahlungen gekürzt worden, weil die Bezieher einen Job oder eine Ausbildung abgelehnt hätten, sagte BA-Vorstandsmitglied Heinrich Alt. Die allermeisten Sanktionen, 705.000, seien ausgesprochen worden, weil Arbeitslosengeld-II-Bezieher Jobcenter-Termine versäumt hätten.

(jW)

Seit 2004 immer Montags:



Die Montagsdemo in Bochum

Hegelschule Gerthe:

Erinnerung an ermordete Antifaschisten

Die Arbeiterparteien im Gerther Gemeinderat beschlossen 1921 gegen den Widerstand der Evangelischen Kirche, eine weltliche Schule zu bauen, die man 1928 einweihen konnte. Hier wurden viele Kinder vor allem der Bergarbeiter im Geiste von Weltoffenheit und Toleranz unterrichtet. Die Benennung nach dem Philosophen Georg Friedrich Hegel und das Zeichen der Fackel am Giebel der Schule dokumentierten dies auch nach außen. Schon im Februar 1933, wenige Tage nach der Machtübertragung an Adolf Hitler, bemächtigten sich die Nazis der Schule und brachten den SA-Sturm Gerthe/Hiltrop hier unter.



Die Hegelschule wird heute als Jugendzentrum der Stadt Bochum genutzt

Im Frühjahr und Sommer 1933 machten die Nazis dann regelrecht Jagd auf Nazigegner. Annähernd 100 Gerther Bürgerinnen und Bürger wurden bei „Razzien" von den Nazis festgenommen und in den Folterkeller der SA in der Hegelschule verschleppt. Dort wurden sie oft stundenlang verprügelt, manche tagelang eingesperrt. Diese Torturen liefen meist nach dem folgenden Muster ab: Die Festgenommenen wurden über eine Pritsche gelegt und festgeschnallt. Während aus dem Radio laute Musik dröhnte, fielen von allen Seiten taktmäßig die Schläge mit Gummiknüppeln und Drahtseilen auf das Opfer. Vielfach wurde mit Revolvern gedroht oder mit Fäusten direkt ins Gesicht geschlagen. Ein SPD-Funktionär und Mitglied des Reichsbanners wurde mit Schlägen solange traktiert, bis er besinnungslos zusammenbrach. Der Jugendsekretär der SPD wurde 16 Stunden lang misshandelt. Beide wurden auf die Straße geworfen. Dem Kommunisten Golitz erging es noch schlimmer. Ihm setzten die Nazi-Schergen eine Pistole an die Schläfe und erschossen ihn. Johann Sigl, Bergmann auf der Schachtanlage „Lothringen", wurde im Keller der Schule so schwer verletzt, dass er nach einigen Tagen am 12. April 1933 im Maria-Hilf-Krankenhaus starb. Auch Heinrich Fischer, bis 1929 KPD-Mitglied im Gerther Gemeinderat und der Kommunist Robert Lemke starben an den Folgen der im Gerther Blutkeller erlittenen Misshandlungen.
Auch gegen die Gerther Juden richtete sich der Terror der Nazis. In Versammlungen und auf der Straße wurde gehetzt, am 1. April vor jüdischen Geschäften lautstark und aggressiv zum Boykott („Deutsche kauft nicht bei Juden") aufgefordert. Im Keller der Hegelschule wurden auch jüdische Bürger misshandelt. Am 5. Juli 1933 starb Albert Ortheiler wenige Stunden nach seiner Festnahme durch die SA an den erlittenen Verletzungen. Er war zuvor stundenlang im Blutkeller gefoltert worden.



Nach dem Ende des Naziregimes kam ein Untersuchungsbericht der Kriminalpolizei zu der Feststellung: „Die Verbrechen, welche im Jahre 1933 von den Angehörigen der SA an den Gegnern des Nationalsozialismus begangen wurden, stehen den Verbrechen in den KZ-Lagern nicht nach." Die Hauptbeschuldigten an den Folterungen, die SA-Leute Breil und Lewandowski sowie ihr Anführer, der Grubensteiger und SA-Sturmführer Ludwig Gries, wurden 1948 zu mehrjährigen Zuchthausstrafen verurteilt. Der politische Kopf der Nazis in Gerthe, der damalige NSDAP-Ortsgruppenleiter, Dr. Heinrich Hüper, blieb bezüglich der Gerther Vorfälle unbehelligt, weil ihm eine persönliche Teilnahme an einzelnen Taten zweifelsfrei nicht nachgewiesen werden konnte.
Mit einer schlichten Gedenkveranstaltung vor der ehemaligen Hegel-Schule erinnerten kürzlich einige Bürgerinnen und Bürger an die damaligen Ereignisse und gedachten der ermordeten oder in Folge der erlittenen Misshandlungen gestorbenen 6 Antifaschisten. Zu ihnen zählten auch der langjährige KPD-Gemeindevertreter von Gerthe Heinrich Fischer und der jüdische Kaufmann Albert Ortheiler. Die Nichte von Heinrich Fischer entzündete an der Gedenktafel eine Kerze.
1983 war auf Antrag der DKP-Bochum an dem Gebäude eine Gedenktafel angebracht worden. Heute wird das Gebäude als Jugendzentrum genutzt.

Günter Gleising



Die VVN - Bund der Antifaschist_innen hatte zur Gedenkveranstaltung eingeladen

Langendreer:

Antifa-Demo

„Kein Vergeben – Kein Vergessen!" So lautete das Motto der Kundgebung eines Bündnisses von AntifaschistInnen Ende Januar am Langendreerer S-Bahnhof. Viel Beifall und Zustimmung fanden die Reden von Vertretern von verschiedenen Gruppen, die einerseits an die Verbrechen des Faschismus erinnerten und andererseits aktuelle Bezüge zu Nazi-Umtrieben herstellten.



Für die Soziale Liste Bochum sprach ihr Vorsitzender Christoph Nitsch. Hier einige Auszüge aus seinen Ausführungen: „Am 22.Januar 2013 wurde wenige Kilometer von hier in Dortmund der Neonazi Sven Kahlin zu einer Freiheitsstrafe von 21 Monaten verurteilt, weil er zusammen mit anderen Faschisten auf dem Weihnachtsmarkt 2011 zwei türkischstämmige Jugendliche krankenhausreif prügelte. Kahlin ist kein Unbekannter, 2005 erstach er den Punk Thomas Schulz und wurde wegen Totschlags verurteilt, nach seiner Freilassung wurde er wiederholt mit Gewaltdelikten und Übergriffen etwa gegen die alternative Kneipe HirschQ auffällig. Angesichts der Gewohnheitsmäßigkeit seiner Taten und der Eindeutigkeit seiner faschistischen Gesinnung sind nicht nur 21 Monate Freiheitsstrafe für Kahlin ein Hohn, nein, fast noch schwerer wiegt die Tatsache, dass das Gericht den rassistisch motivierten Überfall nicht als politisch motivierte Tat einstufte." …
„10 Jahre konnte die Terrorzelle NSU frei schalten und walten, ihre Opfer wurden als Nichtdeutsche unter Generalverdacht als Kriminelle gestellt, die Presse verhöhnte die Ermordeten und ihre Hinterbliebenen durch den rassistischen Ausdruck „Döner-Morde" und die Ermittlungsbehörden leisteten sich eine vermeintliche Ermittlungspanne nach der anderen. Warum wird von staatlicher Seite die Zahl faschistischer Gewaltdelikte und Morde stets herunterfrisiert, werden offensichtlich rassistische Übergriffe gewohnheitsmäßig nicht als politisch motivierte Kriminalität eingestuft? Warum werden mit der unsäglichen Extremismusdoktrin fortschrittliche und antifaschistische Menschen schikaniert und kriminalisiert, während faschistische Verbrecher, wenn überhaupt, viel zu milde bestraft werden?" …
„…das Andenken an die Opfer von Auschwitz und jeglicher faschistischer Gewalt setzt uns nicht nur heute in die Verantwortung alles zu tun, um den Einfluss der braunen Pest zurückzudrängen! Doch es ist nicht nur wichtig sich für das Verbot aller rechter Parteien, Gruppierungen und Medien einzusetzen und durch zivilen Ungehorsam Nazi-Aufmärsche zu verhindern. Auch im Alltag sind wir gefordert, immer da aufzustehen und uns zu widersetzen, wo Menschen von anderen diskriminiert werden! Nieder mit Faschismus, Rassismus, Sexismus und Sozialchauvinismus! Hoch die internationale Solidarität!"

P.S. Wegen mehrerer Gewalttaten am Bochumer Hauptbahnhof steht Sven Kahlin (und sein Bruder Jan) zur Zeit erneut vor dem Bochumer Gericht.

Antifaschismus:



Zahlreiche politische Gruppen, Vereine und Verbände brachten im März in Wattenscheid ihren Protest gegen eine Hetzveranstaltung der rechtsextremistischen Gruppe Pro-NRW zum Ausdruck.

Prestigeobjekt 1:

Spatenstich fürs Musikzentrum

Der Bau des umstrittenen Konzerthauses soll nun beginnen. Am 30. April fand unter großer Beteiligung von Promis der Spatenstich auf dem Bauplatz statt.



Die Mehrheit des Rates setzte sich damit über ein erfolgreiches Bürgerbegehren und 15.000 Unterschriften hinweg. Viele Menschen in der Stadt befürchten auch, dass die veranschlagten 32,9 Mio Euro Investitions- und Baukosten bei weitem nicht ausreichen werden, zumal die Stadt Bochum ihren Eigenanteil nur mit Finanztricks (1,6 Mio von der Sparkasse und den Stadtwerken) aufbringen kann.

25. Mai: Demonstration – 20 Jahre Brandanschlag in Solingen:

Gegen Rassismus und Neofaschismus!

Fünf türkische Menschen starben am 29. Mai 1993 in den Flammen bzw. beim Sprung aus dem Fenster. Vier junge Männer hatten einen Brandanschlag auf das Haus der Familie Genç in Solingen verübt. Die Tat jährt sich im Mai 2013 zum 20. Mal.

Der Solinger Brandanschlag geschah in einem von extremem Rassismus geprägten gesellschaftlichen Klima. Drei Tage zuvor hatte der Deutsche Bundestag mit der Einführung der sogenannten Drittstaatenregelung das Grundrecht auf Asyl in Deutschland faktisch abgeschafft. Politik und Medien hetzten mit der Parole „Das Boot ist voll!" gegen „Ausländer". Bei den Pogromen von Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen applaudierten brave BürgerInnen der Nazigewalt, während Polizei und Behörden tatenlos zusahen. Auch in Solingen existierte eine extrem rechte Szene. Drei der vier Täter trainierten in einer Kampfsportschule, deren Leiter Bernd Schmitt Kontakte zur „Nationalistischen Front" pflegte und Neonazis für Angriffe auf ihre politischen Gegner ausbildete. Seine Erkenntnisse über die rechte Szene verkaufte er an den Verfassungsschutz (VS), der ihn als V-Mann angeworben hatte. Nach den Brandanschlägen der 1990er Jahre entwickelte sich unter den Augen der Geheimdienste die Gruppe „Nationalsozialistischer Untergrund (NSU)", die in den folgenden Jahren 10 Menschen ermordete und zahlreiche Banküberfälle verübte.

Die Ereignisse in Solingen vor 20 Jahren und die Hintergründe um den NSU sind Anlass zu der bundesweiten Demo in Solingen. „Das Problem heißt Rassismus! Bekämpfen wir ihn – immer und überall."

Demonstration gegen Rassismus und Neofaschismus: Das Problem heißt Rassismus am 29. Mai in Solingen
Weitere Infos:
http://solingen93.org/29-5/aufruf-29-5/

Ruhr*Echo* Verlag:

Bücherverbrennung 1933

Vor 80 Jahren wurden in Deutschland Bücher verbrannt und Menschen erschlagen. Was haben uns die damaligen Ereignisse heute noch zu sagen?

Bücherverbrennung 1933, 56 Seiten, zahlreiche Abbildungen und Faksimile, ISBN: 978-3-931999-12-4, 6,50 Euro.
Ruhr*Echo* Verlag, bestellung@ruhrecho.de

Wenn der Haupt-Job nicht mehr reicht:

9.430 „Multi-Jobber_innen" in Bochum

Immer mehr Menschen in Bochum brauchen einen Zweit-Job: Mehr als 9.430 Berufstätige waren im vergangenen Jahr auf einen Mini-Job als zusätzliche Einnahmequelle angewiesen. Das geht aus einer Untersuchung hervor, die im Auftrag der Gewerkschaften ver.di und NGG erstellt und jetzt veröffentlicht wurde.

Demnach ist die Zahl derjenigen, die neben ihrer Hauptbeschäftigung noch einen Mini-Job als Nebenjob haben, in den vergangenen Jahren in Bochum drastisch gestiegen: Blickt man zehn Jahre zurück, so hat es eine Zunahme von rund 117 Prozent gegeben, wie festgestellt wurde. Im vergangenen Jahr hätten nahezu sieben Prozent der Beschäftigten in Bochum sich mit einem 400-Euro-Job nebenher etwas dazuverdient.

Das sind Menschen, die mit dem Geld, das sie in ihrem Hauptjob verdienen, nicht mehr auskommen. Deshalb müssen sie auf einen oder mehrere Nebenjobs ausweichen, um überhaupt noch über die Runden zu kommen. „Aus der puren Lust an einer 55- oder 60-Stunden-Woche macht das jedenfalls keiner", sagt die Geschäftsführerin des ver.di-Bezirks Bochum-Herne, Gudrun Müller.

Sie macht für das „Multi-Jobben" vor allem Niedriglöhne verantwortlich. „Auf der einen Seite werden Stundenlöhne bezahlt, die im Keller sind. Auf der anderen Seite steigen die Lebenshaltungskosten. Das beste Beispiel ist das Wohnen. Hier dreht sich – nicht zuletzt wegen der Heiz- und Nebenkosten – die Preisspirale unaufhörlich nach oben. Da sind Niedrigverdiener gezwungen, nach Feierabend und an den Wochenenden noch einmal zur Zweit-Arbeit zu gehen", so Müller.

Abhilfe kann nur ein einheitlicher gesetzlicher Mindestlohn schaffen, darin sind sich ver.di und NGG einig. „8,50 Euro pro Stunde – das ist der Mindestpreis, den Arbeit bei uns hat. Wer heute für weniger Geld arbeiten muss, der hat keine Chance, von dem, was er verdient, auch leben zu können", sagt die Geschäftsführerin der NGG-Region Ruhrgebiet, Yvonne Sachtje.

Opel-Tarifvertrag:

Warum die Belegschaft abgelehnt hat



Der Bochumer Betriebsrat, die IG Metall-NRW und die Bochumer Opel-Belegschaft haben diesem Tarifvertrag nicht zugestimmt und fordern weitere Verhandlungen. Sie machten damit deutlich, dass sie nicht auch noch die Zustimmung zu ihrer eigenen Beerdigung geben wollen.

Hier eine kurze Zusammenfassung der Gründe zur Ablehnung des Tarifvertrages:

1. Zu betriebsbedingten Kündigungen:
Betriebsbedingte Kündigungen sind bei Opel bis zum 31.12.2016 ausgeschlossen – außer für Bochum. Bis Ende 2014 müssen 600 Beschäftigte ausscheiden (Abfindung, ATZ, Eigenkündigung). Wenn diese Quote nicht erreicht wird, kann ab 1.1.2015 betriebsbedingt gekündigt werden.
Darüber hinaus sind trotz Kündigungsschutz bis 2016 in Bochum weitere Kündigungen möglich. Diesen Kündigungen müsste der Betriebsrat zustimmen. Sollte der Betriebsrat erwartungsgemäß diese Kündigungen ablehnen, wird eine tarifliche Schlichtungsstelle ohne Betriebsrat eingerichtet, die den Kündigungen nach Prüfung zustimmen kann.

2. Zum Auslauf der Fahrzeugproduktion:
Betriebsrat und IG Metall sollen im Vertrag bestätigen, dass die Autoproduktion nach 2016 beendet wird. Wir sollen das Feigenblatt für die vorbereitete Entscheidung des Vorstandes sein, dass der neue Zafira ab 2017 in Rüsselsheim gefertigt werden soll.

3. Zur Fortsetzung der Zafiraproduktion über 2014 hinaus:
Ohne Zustimmung zum Vertrag soll die Zafira-Produktion bereits Ende 2014 eingestellt werden. Diese Drohung ist Unsinn. Der Zafira kann nur in Bochum gefertigt werden. Eine Verlagerung ist wegen hoher Investitionen und fehlender fachlicher Kompetenzen nicht möglich. Damit würde Opel und GM langfristig die Kunden für diese Fahrzeugreihe verlieren und wäre weg vom Markt.

4. Zu Beschäftigungsalternativen:
Als Ersatz für die Schließung der Fahrzeugproduktion verspricht Opel 1.200 tarifliche Vollzeit-Arbeitsplätze in Bochum. Dazu gehören 600 Arbeitsplätze im Ersatzteillager, von denen bereits 450 Arbeitsplätze vorhanden und belegt sind. Zu den weiteren versprochenen 600 Arbeitsplätzen in der Komponentenfertigung gibt es vom Unternehmen keine einzige konkrete Zusage sondern nur schwammige Aussagen und Planspiele. Verhandlungen über konkrete und belastbare Arbeitsplätze werden vom Unternehmen blockiert.

5. Zu Abfindungen und Altersteilzeit:
Bis heute gibt es keine Verhandlungen über die versprochenen „attraktiven" Abfindungsangebote und eine Altersteilzeitregelung.

6. Zum Dreischichtbetrieb:
Ab dem 2. Quartal soll Bochum auf einen Zweischichtbetrieb umgestellt werden. 700 Beschäftigte sollen ihren Arbeitsplatz verlieren. Notwendige Verhandlungen über eine Beschäftigungssicherung und eine schriftliche Beantwortung der Vorschläge des Betriebsrates werden vom Unternehmen verweigert, obwohl dies vom Gesetz zwingend vorgegeben ist.

7. Zur Beschäftigungssicherung:
Das Unternehmen plant bis 2016 einen schrittweisen Personalabbau und die Abwicklung des Bochumer Werkes. Dazu gehört auch die letztmalige Einstellung von Auszubildenden in diesem Jahr. 2016 soll die Berufsausbildung ganz eingestellt werden.
Bei Einhaltung der Unternehmensplanung droht dennoch der Verlust von mindestens 2.500 Arbeitsplätzen. Ohne zugesagte Alternativarbeitsplätze sind deutlich mehr Beschäftigte betroffen. Durch die Aushebelung des Kündigungsschutzes, der wir zustimmen sollen, drohen bereits bis 2016 massive betriebsbedingte Kündigungen.

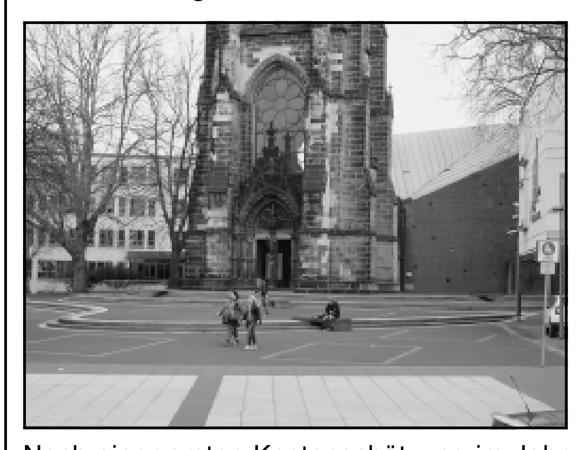
8. Zur Getriebefertigung:
Die Getriebefertigung könnte bis Ende 2014 verlängert werden. Zum geplanten Volumen oder zur Beschäftigung gibt es keine Aussagen.

9. Zur Region
Durch den drohenden Wegfall der Fahrzeugproduktion und die befürchtete Abwicklung des Werkes Bochum droht für tausende Menschen in der Region, z.B. in den Zuliefer- und Servicebetrieben, in Gewerbetrieben und im Handel ein massiver Arbeitsplatzverlust und Verlagerungen und Betriebsstillegungen. Hierzu gibt es keine Aussagen.
Der Bochumer Betriebsrat hat erklärt: Wir sind verhandlungsbereit aber nicht unter dem Diktat, vorher der Abwicklung zuzustimmen. Wir wollen eine Perspektive für die Menschen, das Werk und die Region.

Prestigeobjekt 2:

Weitere Million für den PEV

Mit einem Aufwand von weiteren 1 bis 2 Mio. Euro soll der Platz des europäischen Versprechens bis Ende 2014 umgebaut und mit weiteren Namensplatten versehen werden. Das soll der Rat der Stadt Bochum in seiner Sitzung am 6. Juni beschließen.



Nach einer ersten Kostenschätzung im Jahr 2006 sollte der Platz für 560.000 Euro fertiggestellt werden. Verbaut wurden dann aber 1,2 Euro. 2011. Die Stadt hat den Platz fertig gestellt, allerdings mit nur 1 Namensplatte. Jetzt will die Stadt dem Verlangen von Jochen Gerz nachgeben und die Herstellung und den Einbau von weiteren 19 Namensplatten vornehmen lassen. „Abschluss des künstlerischen Prozesses" nennt sich dieses teure Vorhaben. 13.000 Menschen aus aller Welt haben sich für die Namensgravur eintragen lassen. Worin das europäische Versprechen der Unterzeichner besteht ist indes nicht bekannt.

UniCenter:

Keine wirkliche Wende zum Guten!

Groß waren die Erwartungen im August des vergangenen Jahres, als auf der Ladenfläche des ehemaligen „Toom" der seit langem versprochene „Kaufpark" endlich, mit monatelanger Verspätung, seine Pforten öffnete.



von Christoph Nitsch

Viele Querenburger Bürgerinnen und Bürger erhofften sich, das der neue „Ankermieter" zu einer weiteren Belebung des Stadtteils und neuer Belegung der leerstehenden Ladenlokale im Uni-Center beitragen könnte, wie es auch immer wieder von der örtlichen SPD und anderen KommunalpolitikerInnen beschworen wurde.
Diese Hoffnungen haben sich bisher nur teilweise erfüllt. Zwar wird der neue „Kaufpark" von der Bevölkerung sehr gut angenommen und positiver Weise wurde auch ein Teil des alten „Toom"-Personals dort eingestellt; an den Leerständen der Ladenlokale hat sich jedoch nichts geändert.
Im Gegenteil: Seit Kurzem hat auch der Imbiss „Mr. Sub" seine Zelte im Uni-Center abgebrochen. Für das Ecklokal, das der ehemalige „kik" wegen eines Wasserschadens aufgegeben hatte, ist auch kein Nachmieter in Sicht.
Zwar werden zwei Ladenlokale seit einigen Monaten vom gemeinnützigen Verein für Straßenkultur „umq" (University meets Querenburg") als „Freihafen-Basar" bzw. „Freihafen-Galerie" genutzt, doch auch sie sind in letzter Zeit wegen logistischer Probleme meistens geschlossen.
Nun war wieder einmal, wie alle sechs Monate, der Inhaber des Uni-Centers Louis Comer aus Irland zu Besuch in Querenburg. Es bleibt zu hoffen, dass er sich diesmal einen Einblick verschafft hat, unter welchen katastrophalen Wohnverhältnissen (nachzulesen z. B. beim Mieterverein Bochum) seine MieterInnen auf der „Querenburger Höhe" hausen müssen.
Doch davon ist eher nicht auszugehen, denn bisher war doch das Uni-Center für Herrn Comer nichts anderes als ein Abschreibungsobjekt.

Besuchen Sie uns mal:
www.soziale-liste-bochum.de

Flyeralarm:

Sozialpolitischer Tiefflieger

Die Technik macht es möglich: Bestellung standardisierter Drucksachen übers Internet, hoch automatisierte Offsetfertigung am laufenden Band, sofortiger Versand. Und das zu Schnäppchenpreisen. Auch viele linke und gewerkschaftlich orientierte Gruppen sowie Initiativen und Parteiengruppen lassen ihre Flugblätter, Flyer und Plakate von der Würzburger On-Line-Druckerei produzieren.

In der Erfolgsstory der Würzburger Online-Druckerei Flyeralarm fehlt allerdings ein Kapitel: die soziale Lage der Beschäftigten. So berichtete kürzlich eine renommierte Wirtschaftszeitung, dass die Firma weitgehend keine Fachkräfte einstellt und ¼ der Belegschaft Zeitarbeitskräfte sind. Es wird berichtet, dass die Bildung von Betriebsräten unterbunden wird und Mitarbeiter_innen wegen derartiger Initiativen sanktioniert wurden. Es gibt Vorwürfe, mit Dumpinglöhnen und hohen Arbeitdruck zu arbeiten.

Nach ver.di-Informationen arbeiten die meisten der Beschäftigten als ungelernte Kräfte und verdienen bei einer 40-Stunden-Woche zwischen 1.300 und 1.500 Euro brutto/monatlich. Die Löhne orientieren sich an den Tarifen der Druck- und der Papier verarbeitenden Industrie, lautet die Antwort der Geschäftsführer auf entsprechende Fragen. „Wahrheitswidrig", sagt Peter Baumann, zuständiger ver.di-Sekretär in Würzburg. Das in der Firma erwirtschaftete Geld wird offenbar von anderer Stelle abgeschöpft. So heißt es in einem Zeitungsbericht, dass „sich die beiden Geschäftsführer 2009 eine Ausschüttung von 4 Mio. Euro genehmigt haben".

Gracchus

Veranstaltungshinweis

Diskussion/Vortrag

mit Markus Bernhardt

(Autor & Journalist, u. a. für die Tageszeitung junge Welt)

Mo. 13. Mai 2013, 19:00 h

Veranstaltungsort: ver.di Gewerkschaftshaus, Universitätsstr. 76 (hinterer Eingang)



VeranstalterInnen:

• Soziale Liste im Rat • Soziale Liste Bochum • DKP Bochum • SDAJ Bochum • linksjugend ['solid] Bochum • DIE LINKE. Kreisverband Bochum • VVN - BdA Bochum • DIDF Bochum • DIDF-Jugend Bochum

Die VeranstalterInnen weisen darauf hin, dass Neofaschisten und Personen, die aus deren Sympathisantenkreis stammen, keinen Zutritt haben. Die VeranstalterInnen behalten sich vor, von ihrem Hausrecht Gebrauch zu machen und diesen Personen den Zutritt zur Veranstaltung zu verwehren oder von dieser zu verweisen.

„Hartz IV muss weg", Solidarität mit der Opel-Belegschaft und die Kommunalwahl 2014 im Blick:

Jahreshauptversammlung der Sozialen Liste

Die Soziale Liste hat ihre Jahreshauptversammlung am 18. April 2013 durchgeführt. In den Rechenschaftsberichten des Vorstandes und der Ratsgruppe konnte eine erfolgreiche Bilanz der Arbeit des kommunalen Wahlbündnisses gezogen werden.

Neben eigenen Aktionen, Infoständen und Veranstaltungen nahmen Mitglieder der Sozialen Liste auch an Demonstrationen gegen Rechts und die Rotstiftpolitik teil, führte Christoph Nitsch aus. In der Ratsarbeit verwies Günter Gleising auf über 40 Anfragen, zahlreiche Redebeiträge und politische Initiativen. Michael Eichelberger, berichtete über seine Arbeit in der Bezirksvertretung Ost. In einem Ausblick auf die Kommunalwahl im Frühjahr 2014 wurde festgestellt, dass sich die Soziale Liste nach nunmehr 9jähriger Tätigkeit einen festen Platz im öffentlichen, politischen und sozialen Leben in Bochum erarbeitet hat. Ihre Kompetenz in vielen Fragen des öffentlichen Lebens wird von vielen Bürger_innen anerkannt und geschätzt.

Die JHV beschloss alle Bestrebungen und Maßnahmen zu unterstützen, um eine breit gefächerte und große Solidaritätsbewegung für die Opel-Beschäftigten zu schaffen. In einem weiteren Antrag wurde festgelegt, sich weiter aktiv für die Forderung „Hartz IV muss weg!" einzusetzen. Unterstützt wird auch die Aktion zum Erhalt und Ausbau der Schulsozialarbeit.

Die Neuwahl des Vorstandes ergab folgendes Ergebnis: Christoph Nitsch (Vorsitzender), Helgard Althoff (Stellv. Vorsitzende), Ulrich Achenbach (Kassierer), sowie Wolfgang Schumacher und Günter Gleising.

Langendreer/Werne:

Service im Bürgerzentrum Ost



von Michael Eichelberger

Für eine Verbesserung des Service und Vermeidung von langen Wartezeiten im Bürgerbüro Ost setzt sich der Bezirksvertreter der Sozialen Liste, Michael Eichelberger, ein. Die Bezirksvertretung und Stadtverwaltung sagten jetzt zu, die Personalzuweisung zu überprüfen und eine zusätzliche Info-Theke im Bürgerbüro zu schaffen. Auch das Unfallrisiko durch ein Wartemarkengerät wurde beseitigt.



Der Ausflugs-Tipp:

Die Himmelstreppe auf der Halde bei Wattenscheid

Im Grenzgebiet von Wattenscheid und Gelsenkirchen ist die Rhein-Elbe-Halde mit dem „Skulpturenwald" und der Himmelstreppe ein lohnendes Ausflugsziel. Vom Tafelberg der Halde unterhalb der Skupltur aus 35 Betonquadern bietet sich ein herrlicher Ausblick über das mittlere Ruhrgebiet. Bei gutem Wetter wird sogar der Tetraeder von Bottrop sichtbar. Anschließend lohnt sich ein Gang durch den „Von Wedelstaedt-Park". Der große Waldpark mit seinen alten Bäumen, einem Teich und dem „Lindenstein" (Granitfindling) bietet zahlreiche schattige Plätze zum Verweilen. In einer Sage heißt es, dass ein Riese den Lindenstein vom Tippelsberg nach Ückendorf geworfen hat. Die Rhein-Elbe-Halde ist von Bochum aus gut mit dem Bus 389 (Haltestelle Halfmannweg) zu erreichen. Nach dem Aufstieg auf die Himmelstreppe und dem Gang durch den Park ist die Rückfahrt mit der Straßenbahn-Linie 302 von der Haltestelle Gesamtschule Ückendorf nach Bochum möglich.

Günter Gleising

Schulden, Sonntagsverkäufe und höhere Bäderpreise:

Der Rat beschloss den Haushalt 2013

„Die Zahlen zum diesjährigen Haushaltsplan machen deutlich, dass es keine substanzielle Verbesserung in der Haushaltslage gibt. Im Gegenteil: Bei der Gewerbesteuer gibt es Verluste im zweistelligen Millionenbereich, das Haushaltsdefizit liegt in diesem Jahr bei rund 125 Mio. Euro.



von Günter Gleising

Die Spirale nach unten setzt sich fort. Das Eigenkapital schrumpft beträchtlich weiter und die Schuldenlast steigt", so charakterisierte Günter Gleising, der Ratssprecher der Sozialen Liste, die Beschlussvorlagen zum Bochumer Haushalt 2013. Diese wurden am 14. Februar nach einer langen Haushaltsdebatte schließlich von SPD, Grünen und Freien Bürgern, bei Gegenstimmen von Sozialer Liste, Linke, CDU und FDP, beschlossen.

Wohin auch weiterhin die Reise in der Haushalts- und Gebührenpolitik in Bochum geht, machte die Rathauskoalition aus SPD und Grünen einige Tagesordnungspunkte später deutlich, als sie mit einer neuen Tarifstruktur und der Abschaffung der Halbjahreskarten höhere Eintrittspreise bei den Schwimmbädern beschlossen. Einzig die Soziale Liste wandte sich gegen diese Maßnahme, die angeblich 83.000 Euro Mehreinnahmen bringen soll. Nuray Boyraz, Ratsfrau der Sozialen Liste: „Die geplante Abschaffung der Halbjahreskarten ist eine unsoziale Maßnahme, die besonders SeniorInnen und Menschen, die aus gesundheitlichen Gründen viel schwimmen (müssen), benachteiligt. Es trifft die treuesten der Treuen, die Vielschwimmer."

Gegen die Stimmen der Sozialen Liste, der Linken und 3 weiteren Ratsmitgliedern (CDU 2, Grüne 1) beschloss der Rat in diesem Jahr in 14 Ortsteilen 9 Sonntage verkaufsoffen zu gestalten. Auch ein Protest der Gewerkschaften und Kirchen blieb bei SPD und Grünen ungehört.

In der Ratssitzung wurde der Stadtkämmerer Dr. Manfred Busch in seinen Amt bestätigt. Außerdem wurde bei Gegenstimmen der Sozialen Liste beschlossen, die Popakademie in den Räumen anzusiedeln, die jetzt noch von den Bochumer Symphonikern genutzt werden. Günter Gleising hatte bereits im Vorfeld kritisiert, dass in keiner Weise die finanziellen Auswirkungen für die Stadt beziffert werden. Zugestimmt hat die Soziale Liste der Fortschreibung des „Masterplan Einzelhandel Bochum", der die bestehenden Zentren und Ortsteile stärken und eine fußläufige Nahversorgung ermöglichen soll.

Forderung nach mehr Transparenz:

Rats TV

Bewegung kommt möglicherweise durch den von der Sozialen Liste gemachten Vorschlag in Bochum ein Rats-TV einzuführen.

In der Ältestenratssitzung im März wurde festgelegt, Kosten und Erfahrungen aus anderen Städten (Bottrop und Bonn) zu erfragen und in der nächsten Sitzung des Ältestenrates das Thema des Rats-TV (Live-Stream) erneut zu beraten.

SOZIALE LISTE BOCHUM

Wir finden uns nicht damit ab, dass immer mehr Menschen verarmen, während Kapitalbesitzer und Vermögende immer reicher werden. Es ist eine Lüge, dass wir uns eine gute Bildung für alle, gut ausgestattete Kindergärten, eine ausgebaute öffentliche Infrastruktur und öffentlichen Wohnungsbau nicht mehr leisten könnten. Die Kassen sind leer, weil die Unternehmen dank der „Steuerreform" immer weniger Steuern zahlen, weil sie gleichzeitig immer mehr Menschen arbeitslos machen.

Wir treten für ein lebens- und liebenswertes, ein menschliches und solidarisches Bochum ein.

Konsequent und unbestechlich wollen wir den Interessen der kleinen Leute Gehör verschaffen.Im Gegensatz zu anderen Parteien erhalten wir keine Zuwendungen von Unternehmen oder reichen Mäzenen. Dennoch benötigen auch wir Geld, um unsere Positionen bekannt zu machen, um Flugblätter und Veranstaltungen zu finanzieren. Jede auch noch so kleine Spende ist willkommen:

Spendenkonto: GLS Gemeinschaftsbank e.G., BLZ 430 609 67, Konto-Nr. 400 891 69 00

Ich möchte...

- ❍ Informationen über die Soziale Liste Bochum bekommen.
- ❍ Einladungen zu den Veranstaltungen der Sozialen Liste Bochum.
- ❍ Mitglied werden.

Name: ______________________________

Straße: ______________________________

PLZ,Ort: ______________________________

Tel.: ______________________________

Ausschneiden, auf Postkarte kleben und an neben stehende Adresse schicken.

Herausgeberin:

Soziale Liste Bochum, Vorstand und Soziale Liste im Rat, Ratsgruppe

V.i.S.d.P.:

Günter Gleising, Soziale Liste, Willy-Brandt-Platz 2-6, 44777 Bochum.

Druck: Rollenoffset-Druck Kiel GmbH, Kiel

E-Mail:

SozialeListeImRat@bochum.de oder info@soziale-liste-bochum.de

Internet: www.soziale-liste-bochum.de

Telefon: 0234 - 910 10 47

Fax: 0234 - 910 10 48